

Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



Freitag, 13. Juli 1973

Blatt 1386

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:

Bürgermeister-Sendung: Gratz diskutiert mit Journalisten

Wiener Gemeinderat: Vorzeitige Auflösung beschlossen

Lokal:

Durchfallserkrankungen im Altersheim Lainz

Ein seltenes Fest: Brigittenauer Ehepaar feiert die Gnadenhochzeit

Taxi um zehn Prozent teurer

Kulturdienst:

"Die Moldau" im Arkadenhof: Das Rundfunk-Symphonieorchester Bratislava zu Gast.

Regierungsrat Hugo Franz Kirsch zum Gedenken

Carlos Riefel - 70. Geburtstag

Chef vom Dienst 42 800/2971 (Durchwahl)

L o k a l :

=====

durchfallserkrankungen im altersheim lainz

wien, 13.7. (rk) seit mittwoch leiden in drei pavillons des altersheimes lainz elf patienten und eine schwester an einer durchfallserkrankung, der sogenannten shigellose. es ist dies eine durchfallserkrankung, die in den usa haeufig verbreitet ist. das anstaltenamt hat alle massnahmen ergriffen, um eine weiterverbreitung zu verhindern: behandlung mit sulfonamiden, besuchersperre, gruendliche untersuchung des gesamten personals.

von dieser durchfallserkrankung sind im pavillon 7 des altersheimes lainz zwei patienten ergriffen, im pavillon 9 zwei patienten und eine schwester und im pavillon 11 sieben patienten. ferner gibt es dort sechs verdachtsfaelle. derzeit weiss man noch nicht, wie diese gehaeuftten erkrankungen ausgebrochen sind. die uebertragung kann durch direkten kontakt oder durch den genuss von milch und butter erfolgen. in der regel ist die erkrankung nach acht tagen vorueber.

+++

l o k a l :

=====

ein seltenes fest: brigittenauer Ehepaar feiert die
gnadenhochzeit

1 wien, 13.7. (rk) seit mehr als einem jahr hat es in wien das
seltene fest einer gnadenhochzeit nicht mehr gegeben: am kommenden
montag wird in wien-brigittenau bezirksvorsteher johann s t r o h
den eheleuten elisabeth und anton k u n g l , stromstrasse
18-20/9/12, anlaesslich ihres 70jaehrigen ehjubilaeums die
glueckwuensche der stadtverwaltung uebermitteln.

die gnadenhochzeiter - herr kungl ist 89 jahre alt, seine
gattin ist 87 - stammen beide aus bajmok in serbien, wo sie 1903
auch geheiratet haben. im jahre 1940 uebersiedelten die ehe-
leute nach wien. herr und frau kungl haben drei kinder, die alle
noch leben, vier enkelkinder und sechs unkel.

die tatsache, dass ein Ehepaar 70 jahre lang freud und
leid miteinander getragen hat, verzeichnete die wiener chronik,
seit menschengedenken erstmals im jahre 1957. je eine gnadenhoch-
zeit gab es im jahre 1961 und 1964. das jahr 1965 brachte einen
rekord dieser so raren feste: nicht weniger als drei gnaden-
hochzeiten konnten gefeiert werden. 1967, 1968, 1971 und 1972
fanden dann je eine gnadenhochzeit statt, sodass das diesjaehrige
70jaehrige ehjubilaeum das elfte fest dieser art in den auf-
zeichnungen der stadt wien ist.

bei dieser gelegenheit erscheint es angebracht, in erinnerung
zu rufen, dass die wiener der wiederkehr des hochzeitstages
seit jeher grosse bedeutung zugemessen haben. originelle und oft
sehr treffende namen wurden fuer die verschiedensten ehjubilaeen
gepraegt:

als ''gruene hochzeit'' wird die eigentliche verehelichung
bezeichnet. ein jahr danach, also am 1. hochzeitstag, findet
die ''baumwollene hochzeit'' statt. nach sieben jahren - vielleicht
weil das verflixte siebente jahr um ist - feiert man die ''kupferne
hochzeit''. nach zehn jahren - da weiss man schon, was man
aneinander gefunden hat - wird die ''rosenhochzeit'' festlich

./.

begangen. nach 15 jahren - offenbar eine kritische zeit - findet die "glaeserne hochzeit" statt. nach 20 jahren - wahrscheinlich noch heikler - begeht man die "porzellanhochzeit". nach 25 jahren ist die "silberne hochzeit" faellig, nach 30 jahren die "perlenhochzeit" und nach 35 jahren die "leinwandhochzeit".

nach so langer zeit an ehefreud und eheleid kann fast nichts mehr schiefgehen. bestaendige werte wie edelstein und edelmetall praegen die folgenden hochzeitsbegriffe der wiener: mit 40 ehejahren wird die "rubinhochzeit" begangen, nach 50 jahren die "goldene hochzeit". nach 60 jahren feiert man die "diamantene hochzeit".

weniger edel, aber doch grosse dauerhaftigkeit ausdrueckend, lauten die bezeichnungen fuer das 65. ehjubilaeum "eiserne hochzeit", fuer die feier nach 67 1/2 jahren "steinerne hochzeit" und nach 70 jahren "gnadenhochzeit". es geht aber noch weiter: nach 72 1/2 jahren feiert man die "juwelenhochzeit" und nach 75 jahren die "kronjuwelenhochzeit". fuer weitere ehjubilaeen gibt es dann keine bezeichnungen mehr und wahrscheinlich auch keine ehpaare.

l o k a l :

=====

taxi um zehn prozent teurer

2 wien, 13.7. (rk) das taxifahren in wien wird um zehn prozent teurer. am montag der kommenden woche erscheint das landesgesetzblatt fuer wien mit einer von landeshauptmann-stellvertreter gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r unterzeichneten verordnung des landeshauptmannes, in dem der taxitarif geaendert wird. die verordnung wird am darauffolgenden tag, also dienstag, den 17. juli, 0 uhr, wirksam. von da an kostet eine taxifahrt in wien um zehn prozent mehr als der taxameter anzeigt. der neue tarif wird durch einen hinweis am taxameter in deutscher, englischer, franzoesischer und serbokroatischer sprache annonciert: ''zu dem im fahrpreisanzeiger ausgewiesenen betrag fuer die zeit-, grund- und streckentaxe darf ein zuschlag in der hoehe von zehn prozent verlangt werden''.

der taxitarif wurde zum letztenmal vor zwei jahren erhoehrt.

0953

Kommunal:

=====

Wiener Gemeinderat:

Vorzeitige Auflösung beschlossen

=====

Wien, 13.7. (RK) Zu Beginn der letzten Wiener Gemeinderatssitzung vor den Neuwahlen am Freitag informierte Vorsitzender GR. Herbert Mayr (SPÖ) über die von der ÖVP eingebrachte dringliche Anfrage an den Bürgermeister zum Hochwasserschutz und zur Donauinsel. Die dringliche Anfrage verlangt vom Bürgermeister unter anderem darüber Auskunft, wann, von wem und nach welchen Kriterien das Projekt überprüft werden soll, ob das Projekt umgehend von anerkannten unabhängigen Experten hinsichtlich hydrologischer, ökologischer und städtebaulicher Vor- und Nachteile überprüft werde, ob auch die finanziell-wirtschaftlichen Aspekte untersucht werden und schließlich, ob der Bürgermeister bereit sei, die Überprüfung so zu veranlassen, daß das Ergebnis noch vor den Wahlen am 21. Oktober den zuständigen Ausschüssen und dem Stadtsenat vorgelegt werden kann.

Die dringliche Anfrage wird vor Schluß der Sitzung behandelt. Bürgermeister Leopold Gratz wird sofort dazu Stellung nehmen.

Stadtrat Dkfm. Hintschig brachte dann den einzigen Antrag der Tagesordnung - nämlich die vorzeitige Auflösung vor Ablauf der Wahlperiode und die Neuwahl des Gemeinderates und der Bezirksvertretungen am 21. Oktober - ein. Die Begründung dafür:

- o Am 5. Juli wurde der Bürgermeister neugewählt. Nach dem Wunsch der sozialistischen Fraktion soll nun die Wiener Bevölkerung dazu Stellung nehmen.
- o Weil andere Parteien bereits den Wahlkampf begonnen hätten, soll dieser nun in der Öffentlichkeit (und nicht im Gemeinderat) möglichst kurz durchgeführt werden.
- o Der neugewählte Gemeinderat soll sobald wie möglich wieder zu fruchtbarer Arbeit zurückkehren.

Debatte

GR.Dr. Tuma (DFP) stimmte dem Auflösungsantrag namens seiner Fraktion ohne Vorbehalte zu und wertete ihn als den erfolgreichen Abschluß einer Kette politischer Aktivitäten der DFP. Wie er meinte, sei es nunmehr an der Zeit, dem Wiener Wähler die Entscheidung über die Zukunft seiner Stadt zu überlassen. Den beiden Großparteien warf er Versagen beziehungsweise ein Scheitern ihrer bisherigen Politik vor. Wien sei entgegen anderer Behauptungen eine gesunde Stadt, krank sei lediglich die Verwaltung und bedürfe deshalb einer Erneuerung.

Gemeinderat Dr. Hirnschall (FPÖ) sprach von einer "Flucht nach vorne". Der Gemeinderat gehe auseinander, ohne seine Aufgaben voll erfüllt zu haben. Dies treffe ebenso für die gesetzgebende Tätigkeit des Wiener Landtages zu. Vor diesem kommunalpolitischen Scherbenhaufen vollziehe sich nunmehr die Flucht in eine vorverlegte Wahl. Gemeinderat Hirnschall warf sodann der Rathausmehrheit vor, daß über die wichtigsten Zukunftsfragen der Stadt Ungewissheit herrsche. In diesem Zusammenhang urgierte er die Lösung wichtiger Massenverkehrsprobleme, ein entsprechendes Energiekonzept und warf den zuständigen Stellen Fehlplanung bei der Projektierung der UNO-City vor. Dies alles habe dazu geführt, daß es zu einer Vertrauenskrise der Stadtverwaltung in der breiten Öffentlichkeit gekommen sei. Zum Auflösungsantrag: Eine sachliche Begründung dafür gebe es nicht, die dafür genannten Argumente wären mehr als fadenscheinig. Wenn die FPÖ dennoch diesem Antrag zustimmen werde, so nur deshalb, weil sie darin eine reale Chance für eine bessere Zusammensetzung des künftigen Gemeinderates sehe.

Nach Meinung von Gemeinderat Dr. Habl (ÖVP) sei die vorzeitige Auflösung des Gemeinderates nicht unbedingt notwendig gewesen. Die Begründung der Auflösung durch die SPÖ bezeichnete der Redner als fadenscheinig. Durch die vorzeitige Auflösung seien viele Projekte auf dem Papier geblieben. Nach seiner Ansicht blockiere eine innere Krise in der SPÖ Wien eine intensive Arbeit für die Bundeshauptstadt. Die Präsentation eines neuen Mannes als Bürgermeister sei zu wenig. Verschiedene Äußerungen von Bürgermeister Gratz ließen keine Änderungen des Systems erwarten. Den Brief des Bürgermeisters an Rechnungshofpräsident Dr. Kandutsch, in dem Gratz den Rechnungshof darum bat, den Bericht so früh wie

nur irgendwie möglich vorzulegen, bezeichnete Habl als Show-Aktion.

Das System innerhalb der SPÖ-Wien habe dazu geführt, daß diese Partei einen Alleinvertretungsanspruch auf alle Einrichtungen der Stadtverwaltung ableite. Dies gelte auch für den Pressedienst der Stadt Wien: Die ÖVP werde es nicht hinnehmen, daß einzelne Redakteure der "Rathaus-Korrespondenz" oder von "wien aktuell" diese publizistischen Medien der Stadtverwaltung mit dem Zentralorgan der SPÖ, der Arbeiter-Zeitung, verwechseln.

Die Tatsache, daß Bürgermeister Gratz einen Verlust von vier Mandaten als Erfolg werte, sei ein Einbekenntnis der Krise innerhalb der SPÖ. Nach einem Appell an Bürgermeister Gratz, für einen fairen Wahlkampf einzutreten, schloß Habl mit einem Seitenhieb auf die Person des neuen Bürgermeisters: Er werde durch die Umstände an eine Anekdote über ein berühmtes Wiener Orchester erinnert: "Als wieder einmal ein Gastdirigent dieses Orchester führte, habe ein Mitglied des Orchesters auf die Frage, was dirigiert werde, zur Antwort gegeben: Das weiß ich nicht, wir spielen jedenfalls Beethovens 3. Symphonie".

Die ÖVP werde jedenfalls der vorverlegten Auflösung des Gemeinderates zustimmen.

Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner (SPÖ) nahm die zu Ende gehende sechste Amtsperiode des Wiener Gemeinderates in der 2. Republik zum Anlaß, um über die Tätigkeit der Wiener Stadtverwaltung einen Rechenschaftsbericht darzulegen. Sie erklärte, daß die Sozialisten sich der Leistungen nicht zu schämen brauchten und die Versprechungen von 1969 eingehalten hätten. Das bedeute aber durchaus nicht, daß die Sozialisten auf Kritik verzichten wollten, die zur Diskussion anregt und zur Auseinandersetzung zwingt.

Das Wahlprogramm der Sozialisten von 1969 unter dem Motto "Wien modern gestalten - liebenswert erhalten" werde von der Stadtverwaltung seither zielstrebig verwirklicht. Dabei müsse berücksichtigt werden, daß Wien nicht mit speziellen Problemen fertigzuwerden habe, sondern daß alle Städte sich heute in einer verstärkten Entwicklung und einem Umbruch befinden. Diesen Erfordernissen Rechnung tragend, sei die breitangelegte Diskussion über die Leitlinien zur Stadtentwicklung erfolgt, das Institut für Stadtforschung gegründet und wissenschaftliche Beiräte ins Leben gerufen worden.

Im Wunschkatalog der Wiener Bevölkerung nehme der Wohnungsbau nach wie vor eine dominierende Position ein. Den veränderten Wohnbedürfnissen sei seit 1969 Rechnung getragen worden, indem die durchschnittliche Wohnungsgröße der Gemeindewohnungen seither von 68,7 Quadratmeter auf 75 Quadratmeter gestiegen sei. Auch die Wohnungstypenverteilung sei anders: Bereits 75 Prozent aller Neubauwohnungen verfügen über 3 Zimmer. Im Wahlprogramm sei der Bau oder die Förderung von 65.000 Wohnungen versprochen worden. Dieses Versprechen sei erfüllt: Mehr als 20.000 Kommunalwohnungen wurden fertiggestellt, mehr als 6.500 sind im Bau und für mehr als 41.000 Wohnungen wurden Förderungsmittel bereitgestellt. Das ergibt eine Gesamtzahl von 68.589 Wohnungen.

Fröhlich-Sandner verwies sodann auf den Bau von speziellen Wohnungsformen für jene Mitbürger, die nicht im Rahmen einer Familie leben können: Die Errichtung der Stadt des Kindes, die vor der Vollendung stehe, den Bau von Lehrlings- und Gesellenheimen, die Erweiterung von Studentenheimen, die Schwesternwohnungen, Behindertenwohnungen und vor allem die Pensionistenheime. 10 Pensionistenheime seien versprochen worden - und 10 neue Heime haben errichtet werden können.

Auch an Freizeiteinrichtungen habe die öffentliche Hand viel geleistet: Der Sportstättenbau sei verstärkt worden, das Bäderkonzept werde verwirklicht, das Sportbudget sei seit 1969 auf das Dreifache gestiegen.

Die Erholungsmöglichkeiten habe die Stadtverwaltung verbessert und erweitert: 1,7 Millionen Quadratmeter Grünflächen habe die Stadtverwaltung angekauft. Auf dem Laaer Berg werde eine einmalige Erholungslandschaft gebaut, der Bisamberg und die Lobau seien gesichert worden. Die Rednerin nannte dann eindrucksvolle Vergleichsziffern: In Paris stünden pro Einwohner nur ein Quadratmeter Grünfläche zur Verfügung, in Rom sieben Quadratmeter, in Wien hingegen 27 Quadratmeter, bei Einbeziehung des Wald- und Wiesengürtels sogar 48 Quadratmeter. Trotzdem werde der Schutz der Natur eine große Aufgabe der Stadtverwaltung bleiben.

Fröhlich-Sandner wies dann auf die Bedeutung der Erhaltung des Stadtbildes hin und betonte, daß neben der Randentwicklung unserer Stadt die Stadterneuerung an Bedeutung gewinne. Dringlich notwendig seien deshalb gesetzliche Möglichkeiten zur Bodenbeschaffung und

Bodennutzung. Neber der Sicherung erhaltungswürdigen Althausbestandes, seien Schutzzonen festgelegt worden und der Altstadterhaltungsfond geschaffen worden.

An wirtschaftsfördernden Maßnahmen habe die Stadtverwaltung 4,7 Millionen Quadratmeter für die Ansiedlung von Betrieben vorbereitet. Durch die hohe Anzahl berufstätiger Frauen in Wien sei der Wunsch nach Kindergärten sehr groß: 20 neue Kindergärten seien versprochen worden - und 20 neue Kindergärten seien seit 1969 fertiggestellt worden, Insgesamt werden die Wiener Kindergärten täglich von mehr als 25.000 Kindern besucht. Das entspräche ungefähr der Bevölkerung von Bregenz. Aber auch auf dem Gebiete der Sozialleistungen für die älteren Mitbürger - es sind mehr als 350.000 - sei viel getan worden. Vom Pensionistenheim bis zu den Klubs und der Aktion "Essen auf Rädern."

Für die medizinische Betreuung habe man seit der letzten Wahl bedeutende Mittel bereitgestellt. Vorrang hatten dabei die Fortführung des Baues und der Generalsanierung unserer Krankenanstalten und die Errichtung eines Kur- und Heilzentrums in Ober-Laa.

Zur Gesundheit gehöre auch der Umweltschutz. Einige Leistungen auf diesem Gebiet führte die Rednerin an: Erweiterung des Kanalnetzes, Bau einer Hauptkläranlage, Schaffung eines Meßnetzes für Luftkontrollen, Gesetz gegen den Baulärm, forciertes Umstellen auf umweltfreundliches Heizen, Umstellen der Autobusse auf Flüssiggasmischbetrieb.

Auf dem Gebiete des Schulwesens habe die Stadtverwaltung ebenfalls bedeutende Leistungen vollbracht: Mehr als 2,5 Milliarden Schilling seien dafür aufgewendet worden. 553 neue Klassenräume wurden geschaffen, 405 weitere sind in Planung.

An Gemeinschaftseinrichtungen für die Bevölkerung, die in der vergangenen Periode geschaffen wurden, führte die Rednerin die neuen Großmärkte an, die neuen Kraftwerke, die Umstellung der Gasversorgung auf Erdgas, die Erschließung von neuen Wasservorkommen.

Im Bereich des Verkehrswesens löse der Individualverkehr die größten Probleme aus, sagte Fröhlich-Sandner. Durch verstärkte Bevorrangung des öffentlichen Verkehrs, durch Fußgeherzonen, durch Parkgaragen und **VCF** allem durch den Bau der U-Bahn werde es gelingen, den städtischen Lebensraum für den Menschen wieder zu erobern.

Zur Verbesserung der Lebensqualität zählten aber auch die Bemühungen, das künstlerische Leben in unserer Stadt zu fördern: Ungezählte Veranstaltungen und Aktionen trügen dem Rechnung.

Als Hauptstadt eines neutralen Staates inmitten Europas habe Wien seine Möglichkeiten genützt, weltweite Funktionen und Aufgaben zu übernehmen, erklärte abschließend Fröhlich-Sandner. Der aufstrebende Fremdenverkehr, die Ansiedlung internationaler Organisationen und die Zunahme der Zahl von Konferenzen seien dafür Beweis. Bei all diesen Bemühungen habe die Stadtverwaltung mit der Unterstützung der sozialistischen Bundesregierung rechnen können, sagte die Rednerin, und schloß mit einem Dank an alle, die dabei mitgeholfen haben und den Sozialisten ihr Vertrauen geschenkt haben.

Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Dringliche Anfrage

Der Gemeinderat erkannte der ÖVP-Anfrage zum Hochwasserschutz und zur Donauinsel einstimmig die dringliche Behandlung zu.

Gemeinderat Neusser (ÖVP) begründete die Dringlichkeit mit der Erklärung des Bürgermeisters, noch vor dem 21. Oktober in Sachen Donauinsel eine Entscheidung zu treffen. Neusser bestritt die Notwendigkeit des von Gratz angekündigten öffentlichen Hearings zu dem Projekt und meinte, alles was man brauche, seien Gutachten unabhängiger Experten. Der Redner unterstrich jedoch, daß ein Hochwasserschutz dringlich sei, um eine permanente Gefahr zu beseitigen. Wenn man 1969 mit dem von der ÖVP vertretenen Projekt des Bundesstrombauamtes begonnen hätte, könnte man jetzt schon nahezu fertig sein, meinte Neusser (Zwischenruf Gemeinderat Gawlik, SPÖ: "Und in der Alten Donau wäre kein Wasser mehr!")

Angesichts der mit 3,5 Milliarden Schilling geschätzten Kosten, die zweifellos noch weit größer würden, solle man die finanziellen Mittel für wichtigere Projekte, zum Beispiel für den U-Bahn-Bau und zur Beseitigung des Verkehrschaos einsetzen.

Gemeinderat Müller (DFP) widmete sich sehr eingehend der Problematik des Hochwasserschutzprojektes, wobei er in diesem Zusammenhang der ÖVP vorwarf, ursprünglich für die Errichtung der Insel gewesen zu sein und sich nunmehr dagegen auszusprechen. Die DFP habe sich stets gegen diese Art des totalen Hochwasserschutzes ausgesprochen. In diesem Zusammenhang urgierte er einen fehlenden Generalplan.

Gemeinderat Dr. Hirnschall (FPÖ) betonte, daß die Entscheidung über dieses Projekt keineswegs leicht gewesen sei, da es sich um ein sehr schwieriges technisches Vorhaben handelt. Die FPÖ habe sich sehr eingehend mit diesem Problem befaßt und bereits im vergangenen Jahr durch einen im Gemeinderat eingebrachten Zusatzantrag die Einholung eines Gutachtens über die Auswirkungen des Inselbaues auf die Aulandschaft gefordert. Den absoluten Hochwasserschutz bezeichnete er als unbedingte Notwendigkeit für Wien. Zu den zahlreichen Kontrastimmen: die Wiener Bürger seien mündig genug, um über die Durchführung eines solchen Großprojektes zu entscheiden. Dies könnte, wie er meinte, etwa in Form einer Volksabstimmung geschehen.

Das Hochwasserschutzprojekt sei keine politische, sondern die von Experten ausgearbeitete beste Lösung, meinte Gemeinderat Wiesinger (SPÖ). Durch den Bau des Entlastungsgerinnes werde der Grundwasserspiegel der Alten Donau und der Gewässer in der Lobau angehoben. Die Aulandschaft brauche unterirdischen Zufluß, sonst würde sie ihren Charakter im Laufe der Jahre zur Gänze ändern, meinten die Biologen. Die Anhebung des Grundwasserspiegels sei daher die einzige Chance, diese Aulandschaft zu erhalten.

Immer wieder sei von der Donauinsel die Rede. Er wolle unmißverständlich klargestellt haben, daß diese Insel nur ein Nebenprodukt und nicht Selbstzweck sei. Im Vordergrund stehe der totale Hochwasserschutz für die Wiener Bevölkerung. Ein weiterer Vorteil sei, daß durch dieses Projekt Wien vielleicht wieder an den Strom gerückt werden könne. Aus all diesen Gründen könne man zum bestehenden Projekt nur Ja sagen.

Auch Stadtrat Heller (SPÖ) bedauerte, daß das Nebenprodukt dieses Projektes - die Insel - für die ÖVP Kernpunkt der Wahlkampfstrategie geworden sei. Unter dem Beifall seiner Fraktionskollegen erinnerte er noch einmal daran, daß 1969 nicht beschlossen wurde die Donauinsel, sondern den absoluten Hochwasserschutz für die Wiener Bevölkerung zu bauen. Heller warf der ÖVP vor, ihre Mandatare hätten sich bis zum heutigen Tag geweigert, sich ausreichend über das bestehende Projekt informieren zu lassen. (Protest der ÖVP-Fraktion.) Die ÖVP versuche den Eindruck zu erwecken, daß bei der Planung dieses Projektes keine Fachleute am Werk gewesen seien. Dies sei unrichtig. Er zitierte die Namen

prominenter Wissenschaftler und Techniker, die in einem Ausschuß des Ingenieur- und Architektenvereines jahrelang an diesem Projekt gearbeitet hatten. Wenn dieses Projekt den Fachleuten nicht als das beste erschienen wäre, hätte die ÖVP-Alleinregierung dieses Projekt damals nicht zum bevorzugten Wasserbau erklärt.

Zusammenfassend nannte Heller noch einmal die Vorzüge dieses Projektes:

1. Das Katastrophenhochwasser werde um einen Meter abgesenkt;
2. die Alte Donau und die Gewässer in der Lobau erhielten genügend Grundwasser;
3. auf der Insel können aller Voraussicht nach täglich rund 200.000 Kubikmeter Wasser gewonnen werden (dies entspreche der Leistungsfähigkeit der Zweiten Hochquellenleitung);
4. große Bedeutung für die österreichische Bauwirtschaft und
5. wäre dieses Projekt, wenn man alle Komponenten einbeziehe - auch die künftige Staustufe Wien - nicht teurer als die Verwirklichung anderer Ideen, zum Beispiel des Ideenvorschlages des Bundesstrombauamtes.

Die Antwort des Bürgermeisters

Bürgermeister Gratz führte aus: Die dringliche Anfrage der Gemeinderäte Neusser und Zörner beantworte ich wie folgt:

Die Frage 1 lautet:

Ist der Herr Bürgermeister bereit, umgehend zu erklären, zu welcher der wiedergegebenen Erklärungen zum umstrittenen Inselprojekt er steht?

Dazu stelle ich fest:

Ich bin gerne bereit, auch vor dem Gemeinderat zu erklären, daß man bereit sein muß, alles ohne Tabus neuerlich zu prüfen, wenn berechtigte Einwendungen erhoben werden. Ich nehme das Recht für mich in Anspruch, bei Übernahme einer Tätigkeit, wie die des Bürgermeisters von Wien, mich persönlich über die Entscheidungsgrundlagen, die Voraussetzungen und Auswirkungen aller bereits getroffenen Entscheidungen informieren zu lassen. Der von den Anfragestellten kritisierte Widerspruch besteht daher nicht.

Die Frage 2 lautet:

Wenn es stimmt, daß er das Donauinselprojekt überprüfen lassen will: Wann, von wem und nach welchen Kriterien soll das Donauinselprojekt überprüft werden?

Dazu:

Ich habe die Absicht, mich in absehbarer Zeit von den Dienststellen des Magistrates über die Kriterien, die zur Auswahl der vorgesehenen Art des Hochwasserschutzes führen, informieren zu lassen. In der Folge werde ich in der Form eines öffentlichen Hearings die vorgeschlagene Form des Hochwasserschutzes zur Diskussion stellen. Selbstverständlich werden die Ergebnisse des Arbeitskreises 9 der Stadtentwicklungsenquete in diesen Diskussionsprozeß einfließen.

Hinsichtlich der angezogenen städtebaulichen Vor- und Nachteile wird das Ergebnis des bereits ausgeschriebenen Wettbewerbes abzuwarten sein, womit auch die in der dringlichen Anfrage angezogene Überprüfung schon eingeleitet ist. Es ist überraschend, daß ein bereits vom Gemeinderat beschlossener Wettbewerb neuerlich gefordert wird.

Die Frage 3 lautet:

Ist der Herr Bürgermeister bereit, das Donauinselprojekt umgehend von anerkannten unabhängigen Experten nach hydrologischen, ökologischen und städtebaulichen Vor- und Nachteilen überprüfen zu lassen?

Hiezu verweise ich auf meine Antwort zur Frage 2.

Außerdem **aber** lege ich Wert auf die Feststellung, daß außer den in Frage 3 erwähnten Kriterien noch jene der Regionalplanung, des Umweltschutzes, der Erholungsräume und des Verkehrs von großer Bedeutung sind.

Im übrigen könnte man der Formulierung der Frage entnehmen, daß nach Ansicht der Anfrager alle bisherigen Arbeiten von Fachleuten geplant, geprüft und durchgeführt wurden, die weder anerkannt noch unabhängig sind. Dieser Abwertung des bisher mit der Frage befaßten Personenkreises kann ich mich nicht anschließen.

./.

Die Frage 4 lautet:

Ist der Herr Bürgermeister bereit, das Donauinselprojekt umgehend auch auf seine finanziell-wirtschaftlichen Nachteile überprüfen zu lassen, wobei der finanzielle Mehraufwand durch die Donauinsel in Relation zum großen Nachholbedarf auf verschiedenen kommunalen Gebieten in Wien gebracht werden müßte?

Dazu:

Ich kann die Fragevoraussetzung nicht akzeptieren. Der Ausdruck "finanzieller Nachteil" ist bei der Ausgabenprüfung von Gebietskörperschaften im Gegensatz zu Wirtschaftsunternehmen nicht zielführend. Wenn jede Geldausgabe als finanzieller Nachteil angesehen wird, würde dies einen Rückfall in die Staatsphilosophie des Nachwächterstaates bedeuten. Das Prüfungskriterium für öffentliche Ausgaben kann für uns nur ihre Zweckmäßigkeit im Hinblick auf die Erfüllung der vielfältigen Aufgaben im Interesse der Bürger dieser Stadt sein.

Die Frage 5 lautet:

Ist der Herr Bürgermeister bereit, die notwendige Überprüfung so zu veranlassen, daß ihr Ergebnis noch vor den Wahlen am 21. Oktober 1973 den zuständigen Ausschüssen und dem Stadtsenat vorgelegt werden kann?

Dazu stelle ich fest:

Überprüfungen, wie sie in der dringlichen Anfrage gefordert werden, sind bereits seit Jahren im Zuge des Entscheidungsprozesses für die Auswahl dieser Variante durchgeführt worden, wodurch die notwendigen Wasserrechtsverhandlungen überhaupt erst ermöglicht wurden. Das Einverständnis der genehmigenden Behörden ist eine Garantie, daß diese Untersuchungen zu einem positiven Ergebnis geführt haben. Zusätzliche Untersuchungen wurden mit dem Ziel der Überprüfung der ökologischen Auswirkungen auf die Lobau und der Erarbeitung von Gutachten zur landschaftlichen Eingliederung des Projektes in die Donaulandschaft an Hochschulinstitute vergeben, wobei in voller Abstimmung mit dem Wettbewerbszeitplan die Ergebnisse dieser Untersuchungen rechtzeitig vorliegen werden.

Bei derartiger sachlicher Überprüfung ist es mir nicht möglich, auf den magischen Termin 21. Oktober 1973 Rücksicht zu nehmen. An einem raschen Ergebnis bin ich selbst äußerst interessiert.

Bei der Beantwortung der dringlichen ÖVP-Anfrage wurde Bürgermeister Gratz mehrmals durch ÖVP-Zwischenrufe unterbrochen. Gemeinderat Neusser: "Das ist eine Unterstellung!", als Bürgermeister Gratz darauf hinweis, daß die Frageformulierung einer Abwertung der bisher mit dem Projekt befaßten Fachleute gleichkäme. Die Erklärungen Gratz` lösten mehrmals Beifall in den SP-Bänken aus. Abschließend sagte Gratz, daß er sich nicht scheue, zuzugeben, mit der Übernahme des neuen Amtes nicht auf allen Gebieten über ein Expertenwissen zu verfügen. Er werde daher ohne Beratung durch Experten keine wichtigen Entscheidungen treffen.

Schlußwort

Am Freitag um 11,35 Uhr beschloß der Wiener Gemeinderat seine Funktionsperiode, die im April 1969 begonnen hatte. Vorsitzender Gemeinderat Schreiner (SPÖ) sprach Worte des Dankes und hielt eine kurze Rückschau. Der Gemeinderat habe seine Aufgaben in guter demokratischer Gesinnung erfüllt. Die überwiegende Mehrzahl der Beschlüsse sei einstimmig gefaßt worden, da die Mitglieder des Gemeinderats einig in dem Bestreben waren, nach besten Kräften und Fähigkeiten unsere Stadt menschlicher und moderner zu gestalten. Auch im Wahlkampf sollten sich die Gemeinderatsmitglieder als Angehörige eines Orchesters fühlen. Schreiner plädierte für eine faire Wahlwerbung: "Wir sollten uns auch nach dem Wahltag noch in die Augen schauen können." (Allgemeiner Beifall des Plenums).

Ende des Sitzungsberichtes

- - -

k o m m u n a l :

=====

buengermeister-sendung: gratz diskutiert mit journalisten

14 wien, 13.7. (rk) in seiner ersten rundfunksendung diskutiert buengermeister leopold g r a t z mit journalisten von wiener tageszeitungen ueber aktuelle fragen und probleme der stadtverwaltung. hauptthemen: hochwasserschutzprojekt, bauarbeiten an der guertelbruecke und geplante einrichtungen der direkten demokratie. termin dieser sendung: samstag, 14. juli, 13.20 uhr. die 'rathaus-korrespondenz' wird morgen samstag wie gewohnt eine kurzfassung vom inhalt dieser sendung bringen.

1251